



## **Niederschrift** **(öffentlicher Teil)**

über die 25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom  
11.02.2014

Anwesend:

siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:

Bürgermeister Richard Borgmann

Die Sitzung fand das Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Inklusion in der öffentlichen Verwaltung und in den Einrichtungen und Betrieben der Stadt Lüdinghausen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.12.2013  
Vorlage: FB 1/343/2014
2. Budgetbuch 2014, Investitionsplan 2014-2017, Stellenplan 2014  
Vorlage: FB 1/344/2014
3. Berichte
4. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

5. Grundstücksangelegenheiten  
hier: Vorzeitige Zahlung Grundkaufgeld  
Vorlage: FB 2/572/2014
6. Berichte
7. Anfragen

Öffentlicher Teil:

**TOP 1) Inklusion in der öffentlichen Verwaltung und in den Einrichtungen und Betrieben der Stadt Lüdinghausen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.12.2013  
Vorlage: FB 1/343/2014**

Stv. Mönning erläutert zu Beginn, warum die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesen Antrag gestellt hat. Hierbei weist er vor allem auf das Angebot von Förderprogrammen hin.

Aufgrund von zeitlichen Fristen im Rahmen der Förderprogramme würde Stv. Mönning eine zügige Umsetzung von Seiten der Verwaltung begrüßen.

Daraufhin stellt Stv. Mönning den Antrag den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die Verwaltung bis zur übernächsten Ratssitzung das Thema Inklusion weitervorantreibt und in dieser Sitzung dann über die Fortschritte Bericht erstattet.

Stv. Spiekermann-Blankertz betont, dass die SPD-Fraktion diesen Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen begrüßt.

Zudem sieht dieser die Notwendigkeit, dass die Stadt insbesondere als öffentlicher Arbeitgeber ein solches Thema angehe.

Zuletzt fragt Stv. Spiekermann-Blankertz an, wieso in der Vorlage von einer schwerbehinderten Quote von 6,26 % die Rede sei und gleichzeitig im HH-Plan 2014 eine Quote von 4,31 % aufgeführt sei.

Herr Kortendieck betont, dass diese Quote im HH-Plan 2014 stichtagsbezogen erhoben sei und bereits ein mögliches Ausscheiden von derzeit noch tätigen Schwerbehinderten berücksichtigt sei.

Stv. Holz weist darauf hin, dass dieses Thema in der Umsetzung nicht so einfach sei, wie sich das der Stv. Mönning vorstelle. Dabei sieht dieser vor allem die Aufgabe für eine positive Umsetzung darin, dass die behinderten Menschen in Kontakt mit den jeweiligen Betreuern kommen.

Stv. Kehl erklärt, dass auch die UWG-Fraktion den Antrag der Grünen begrüßt und in der Folge mittragen würde.

Daraufhin lässt Bürgermeister Borgmann über den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt über den Bericht über die bisherige Vorgehensweise der Verwaltung im Hinblick auf Inklusion behinderter Menschen zur Kenntnis.

Zudem fordert der Haupt- und Finanzausschuss die Verwaltung dazu auf, bis zur übernächsten Ratssitzung im April 2014 die Angelegenheit weiter voranzutreiben. Über die Fortschritte im Rahmen der Umsetzung der Inklusion in der öffentlichen Verwaltung berichtet die Verwaltung dann in dieser Sitzung.

-einstimmig-

**TOP 2) Budgetbuch 2014, Investitionsplan 2014-2017, Stellenplan 2014**  
**Vorlage: FB 1/344/2014**

Herr Tuschmann leitet kurz in die Beratungen zum TOP 2 ein.

Zudem beantwortet Herr Tuschmann Verständnisfragen der Ausschussmitglieder.

Stv. Schwarzenberg möchte bezüglich der personellen Maßnahmen wissen, ob es sinnvoller sei die Aufgaben der EDV durch einen externen (z.B. die Citeq) erledigen zu lassen.

Herr Kortendieck antwortet auf die Nachfrage, dass bereits der Medienentwicklungsplan einen Beschaffungstau zeige.

Aus dem MEP gehe bspw. hervor, dass die Stadt ca. 130.000 € in neue Geräte investieren müsse.

Darüber hinaus weist Herr Kortendieck darauf hin, dass bei Erledigung der Aufgaben über die Citeq, die Hardwareausstattung an sämtlichen Arbeitsplätzen gleich sein müsste, damit die Citeq überhaupt eine Betreuung gewährleisten könnte.

Dies hätte laut Herrn Kortendieck zur Folge, dass zahlreiche Computer im Hause auszutauschen wären, was mit weiteren Kosten verbunden wäre.

Stv. Schwarzenberg betont, dass in Münster die Citeq nur die Örtlichkeiten betreuen würde, welche diese auch selber angeschlossen haben. Außerdem sei die Citeq mit ihrem qualifizierten Personal für verschiedene Bereiche auch bereit Hausbesuche durchzuführen, sofern dies notwendig sei.

Herr Kortendieck erläutert daraufhin den Ausschussmitgliedern, dass derzeit die EDV-Betreuung der Schulen mit einer 0,5 Stelle umgesetzt wird und hierfür eine weitere 0,5 Stelle hinzukommen soll.

Dazu merkt Herr Kortendieck an, dass durch die neue Stelle sich 2 Personen gegenseitig vertreten können, aber auch die Aufgabe anstehe, die Mitarbeiter in den Schulen vor Ort von Seiten der Verwaltung in Zukunft mehr zu unterstützen.

Hinsichtlich der 1,0 Stelle für die Feuerwehr sieht Stv. Schwarzenberg aufgrund des Brandschutzbedarfsplanes nicht die Notwendigkeit eine solche Stelle einzurichten.

Diesbezüglich schlägt er vor, von Seiten der Verwaltung in einer Ausschusssitzung darzustellen, wieso diese Stelle notwendig sei.

Diesen Vorschlag weitert Stv. Schwarzenberg auf die Stellen „Tiefbau“, „Zentrale Dienste/Wahlen“ und die Stelle „Stadtmarketing“ aus.

Stv. Schwarzenberg möchte wissen, wieso die 0,5 Stelle im Rahmen des Beitritts in den Verein Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. (AGFS) notwendig sei und was dieser Mitarbeiter für Aufgaben in Zukunft wahrnehmen solle.

Auch diesbezüglich äußert Stv. Schwarzenberg den Wunsch, detaillierte Ausführungen von der Stadtverwaltung im Rahmen der nächsten Ausschusssitzung zu erhalten.

Bürgermeister Borgmann betont bezüglich der 0,5 Stelle AGFS, dass der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt (BVBU) bereits in seiner Sitzung am 04.02.2014 die Empfehlung an den Rat ausgesprochen habe, eine zusätzliche 0,5 Stelle einzurichten. Darüber hinaus hätten Vertreter von AGFS Städten im Fachausschuss bereits die Notwendigkeit einer Personalausstattung ausführlich dargestellt.

Stv. Grundmann regt danach an, aus der 0,5 Stelle eine 1,0 Stelle zu machen. Diese Stelle könnte in seinen Augen als Fahrrad- und Klimaschutzbeauftragter zusammengefasst werden.

Zudem erwähnt er, dass die Stadt Emsdetten im Rahmen einer solchen Stelle Fördermöglichkeiten nutzen konnte.

Stv. Möllmann schließt sich inhaltlich den Worten des Stv. Grundmann an. Er merkt an, dass in seinen Augen aufgrund der neu wahrzunehmenden Aufgaben fein abzuwägen sei, welche Aufgaben die Stadt in Zukunft wirklich durchführen wolle.

Bezüglich des Antrages des Stv. Schwarzenberg nach detaillierteren Ausführungen für die einzelnen Stellen, schließt sich Stv. Möllmann diesem an.

Stv. Kehl sieht die 0,5 Stelle AGFS als notwendig an. Durch die erneute Beratung anhand der detaillierten Ausführungen würde in seinen Augen die Umsetzung zeitlich unnötig weiter nach hinten verschoben. Er fordert dazu auf, anstatt solcher Vertagungen in Zukunft besser Ziele für die Stadt Lüdinghausen konkreter zu verfolgen und voranzutreiben. Aus diesem Grund sei es notwendig eine 0,5 Stelle AGFS einzurichten, um dem Ziel als „Fahrradfreundliche Stadt“ nachzukommen.

Zudem glaubt Stv. Kehl nicht, dass diese Stelle dem Haushalt 2014 immens Schaden würde.

Stv. Spiekermann-Blankertz schließt sich der Meinung des Stv. Kehl an, dass die 0,5 Stelle AGFS notwendig sei, um das Ziel „Fahrradfreundliche Stadt“ weiterzuverfolgen.

Stv. Möllmann merkt nochmalig an, dass in seinen Augen die Aufgabengebiete der Stellen vorher abgesteckt werden müssen.

Anschließend betont Stv. Krüger, dass letztlich hier über ein Personalaufwand von insgesamt 400.000 € (Tendenz steigend) diskutiert wird. Aus diesem Grund sei es aus Ihrer Sicht nicht verwerflich, detaillierte Ausführungen der Verwaltung bezgl. der Stellen zu bekommen. Zudem merkt Sie an, dass sich die Situation im Haushalt zwar dieses Jahr als sehr komfortabel darstelle, man jedoch davon nicht für die Zukunft ausgehen könne.

Stv. S. Wischnewski äußert sich dahingehend, dass die Verwaltung Ihrer Meinung nach im BVBU die 0,5 Stelle AGFS detailliert genug beschrieben habe und zudem dann auch ein politischer Beschluss zur Einrichtung einer solchen Stelle geschaffen worden sei.

Stv. Spiekermann-Blankertz merkt an, dass jedem Ausschussmitglied bekannt sein solle, dass die Personaldecke der Verwaltung sehr dünn sei. Allein durch die Wahrnehmung neuer Aufgaben (AGFS/Klimaschutzbeauftragter) sei es daher notwendig, diese weitere Stelle einzurichten.

Bürgermeister Borgmann fasst daraufhin die Wünsche der Fraktionen in Anträge zusammen und lässt folglich über diese abstimmen.

Antrag der SPD/UWG/Bündnis90/DieGrünen-Fraktionen:

Dem Rat wird empfohlen den Stellenplan um 1,7 Stellen, das heißt um eine zusätzliche 1,0 Stelle, ohne Vorbehalte zu erweitern.

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	11
Enthaltungen:	0

Antrag der CDU/FDP-Fraktionen:

Dem Rat wird empfohlen den Stellenplan um 1,7 Stellen, das heißt um eine zusätzliche 1,0 Stelle, mit Vorbehalt zu erweitern. Die Verwaltung wird dazu aufgefordert im Rahmen der nächsten HFA-Sitzung detaillierte Ausführungen bezüglich der Stellen „Feuerwehr“, „Tiefbau“, „Zentrale Dienste/Wahlen“, „Regionale“, „AGFS/Klimaschutzbeauftragter“ vorzubereiten.

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	5

Nach den Abstimmungen beantwortet Herr Tuschmann weitere Fragen bezüglich der Änderungsliste, welche der Einladung als Anlage beigefügt wurde.

Daraufhin werden im Rahmen der Ausschusssitzung die einzelnen Produkte durchgegangen und fragen der Ausschussmitglieder bzgl. der Ansätze von Seiten der Verwaltung beantwortet.

Zuletzt regt Stv. Kehl an über eine Senkung der Gewerbesteuer nachzudenken.

Stv. Möllmann sagt diesbezüglich, dass das Thema Senkung der Gewerbesteuer auch in der CDU-Fraktion diskutiert wurde, diese es jedoch als fraglich ansehen würden, diese Steuer zu senken.

Stv. Schwarzenberg teilt diese Ansicht der CDU-Fraktion. Er sei der Meinung, dass Spielräume sicherlich zu nutzen seien, allerdings ist sehr er mittelfristig eben solche Spielräume nicht.

Stv. Mönning trägt außerdem zur Diskussion bei, dass seiner Meinung nach nicht nur Grundstücksverkäufe zur Haushaltskonsolidierung dienen sollten.

Stv. Kehl merkt noch an, dass in den vergangenen 2 Jahren die Stadt mit großen Kürzungen der Schlüsselzuweisungen zu tun hatte, die Zukunft bis 2017 sich jedoch wesentlich kontinuierlicher darstelle. Aus diesem Grund sieht er es als durchaus berechtigt an, Überlegungen anzustellen, die Gewerbesteuer zu senken.

Stv. Krüger stimmt dieser Argumentation zu, jedoch sieht sie als Voraussetzung immer, dass der Haushalt zunächst ausgeglichen sein müsse.

Bürgermeister Borgmann lässt über den Beschlussvorschlag mit dem Zusatz aus dem Antrag der CDU/FDP-Fraktionen abstimmen.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, das Budget hinsichtlich der genannten Produkte zu beschließen. Bezüglich des Stellenplanes wird dem Rat empfohlen, diesen um 1,7 Stellen unter Vorbehalt zu erweitern.

Bezüglich der Stellen Feuerwehr, Tiefbau, Zentrale Dienste, Regionale und Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V./Klimaschutzbeauftragter erfolgt eine separate Beratung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 27.03.2014. Diesbezüglich ist die Verwaltung dazu aufgefordert, die Notwendigkeit der o.g. Stellen zu erläutern.

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	2

**TOP 3) Berichte**

Keine

**TOP 4) Anfragen**

Stv. Spiekermann-Blankertz erkundigt sich nach der Situation bei den Rückstellungen für Resturlaubstage der Bediensteten.

Herr Kortendieck teilt mit, dass diese Rückstellungen seit 2008 zu berücksichtigen seien und derzeit in Höhe von 320.000 € in die Bilanz mit einfließen würden.

Bürgermeister Borgmann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:35 Uhr.

---

Bürgermeister Richard Borgmann  
Vorsitzende/r

---

Benedikt Vester  
Schriftführer/in

## Anwesenheitsliste

### zur 25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

### der Stadt Lüdinghausen am 11.02.2014

#### anwesend:

#### Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

#### CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Holz, Anton	
Krüger, Doris	
Möllmann, Bernhard	
Schmidt, Knut	
Schulze Uphoff, Theo	
Suttrup, Thomas	Vertretung für Herrn Wolfgang Schweer
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	
Weiland, Josef	

#### SPD-Fraktion

Friedenstab, Artur	
Knuhr, Willi	
Spiekermann-Blankertz, Michael	

#### Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kortmann, Jöran	
Mönning, Peter	
Wippich, Rainer	

#### UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
Kehl, Markus	
Wischnewski, Susanne	

#### FDP-Fraktion

Schwarzenberg, Heribert	
-------------------------	--

Zanirato, Enrico	
------------------	--

**von der Verwaltung**

Karasch, Christine	
Kortendieck, Matthias	
Pieper, Michael	
Tuschmann, Werner	
Vester, Benedikt	

**Entschuldigt:****CDU-Fraktion**

Schweer, Wolfgang	
-------------------	--